

■ Matthias Brodkorb beherrscht nicht nur Alt-Griechisch, sondern auch seinen Marx. Als er noch Bildungsminister in Mecklenburg-Vorpommern war, verfasste er einen Text zur Inklusion und zog dafür nichts Geringeres als die berühmten 'Randglossen' von Karl Marx heran. Dieser war 1875 mit dem Parteiprogramm der sich entwickelnden Sozialdemokratie unzufrieden und erleichterte sein Gewissen durch kritische Randbemerkungen. Eine davon kritisiert die Forderung nach gleichen Rechten

Herrn Brodkorbs Reise von der Inklusion zum Kommunismus und zurück

Ein Zwischenruf

Werner Pfau

für die arbeitende Klasse. Werde Gleichbehandlung als höchstes Prinzip gesetzt, so Marx, seien diejenigen im Vorteil, die aufgrund von Zufällen etwa der körperlichen Entwicklung den jeweiligen Anforderungen besser gewachsen seien als andere. Jedes gleiche Recht schlage somit um in ein »Recht der Ungleichheit«. Das Endziel einer kommunistischen Gesellschaft drücke sich viel eher aus in der Parole: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Der vorwitzige Brodkorb entdeckt darin nun eine Verwandtschaft zum Gedanken der Inklusion: Gleiches Recht auf individuelle Förderung schließt allgemeine Ungleichbehandlung ein.

Eine intellektuelle Scharade

Brodkorb war von der seinerzeitigen PDS zur SPD gewechselt. Hatte er plötzlich wieder seine marxistischen Wurzeln entdeckt? Von wegen, es handelte sich um eine intellektuelle Scharade: Da der Kommunismus als unrealistische Utopie entlarvt sei, verfallende auch die Inklusion diesem Verdikt. Ein Bildungswesen in der Welt der Marktwirtschaft funktioniere nach dem Leistungsprinzip und vermittele Abschlüsse für den Arbeitsmarkt, in dieser Konkurrenz gebe es nun einmal Gewinner und Verlierer. Eine bessere Integration sei wünschenswert, Inklusion letztlich unmöglich.

Anstatt Brodkorb einfach ad acta zu legen, sollte man ihn vom Kopf auf die Füße stellen. Denn seiner Parallele zu Marx ist eine gewisse Logik nicht abzusprechen. Und seinem Verweis auf den Arbeitsmarkt auch nicht. Exklusion ist dort Alltagserfahrung. Da mag einer mit Fünfzig bereits zum alten Eisen erklärt werden. Ein anderer verliert seine Beschäftigung, weil das Werk nach Korea wechselt und seinesgleichen dort billiger zu haben ist. Eine Frau kann in ihrem erlernten Beruf wegen zu langer Erziehungszeit nicht mehr arbeiten; sie landet beim Telefonmarketing. Eine andere hat Erzieherin gelernt und stellt fest, dass sie vom dort gezahlten Lohn nicht leben kann. Steht hier der einzelne mit seinen 'Fähigkeiten' und 'Bedürfnissen' im Mittelpunkt? Wenn es etwas gibt, dass man als Gegenteil von inklusiv betrachten könnte, dann ist es ein kapitalistischer Arbeitsmarkt.

Inklusion für den Arbeitsmarkt?

Damit wiederum stellt sich die Frage, was eigentlich gewonnen ist, wenn die in einem inklusiven Bildungssystem Geförderten, das Abgangszeugnis frisch im Tornister, am Ende doch wieder auseinandersortiert werden. Trotz des gelegentlich zu hörenden Abgesangs auf die »Arbeitsgesellschaft« gilt: Nur eine regelmäßige Beschäftigung mit vernünftigem Einkommen verschafft dem Menschen Zugang zu einer eigenständigen Lebensperspektive. Natürlich entfaltet auch die bloß schulische Inklusion bereits ihre humanen Wirkungen: Die Abgesonderten werden aus ihren Gettos herausgeholt, Kontakt mit anderen wird – für beide Seiten – zur Normalität.

Wie viel davon übrig bleibt, wenn die Inklusion nicht hinreichend ausgestattet ist, mag diskutiert werden. Von der Herstellung inklusiver Arbeitsverhältnisse jedoch ist zumindest bei Rot-Grün noch nicht einmal als Ziel die Rede. Angesichts dieser ernüchternden Bilanz macht sich auch bei denen, die für Inklusion kämpfen, eine Verzweiflung breit, welche bisweilen zu fragwürdigen Ideen inspiriert.

In der Wagenburg

Inklusion wird vermeintlich unangreifbar gemacht, indem sie zur moralischen Haltung erklärt wird, die jederzeit und überall »gelebt« werden könne. Das Beharren auf notwendigen Bedingungen wird allzu schnell als Defätismus oder Verstocktheit gebrandmarkt. Die Frage beispielsweise, wann welche Förderschulen aufgelöst werden, sollte von der Art des Förderbedarfs, den vorhandenen Ressourcen und Wünschen der Betroffenen abhängig gemacht werden. Sofortige Schließung aus Prinzip hätte etwas Jakobinisches. Überhaupt würde ein entwickeltes inklusives System, das alle jederzeit in gemeinsame Lerngruppen zwingt, selbst totalitäre Züge annehmen. Stattdessen müsste es flexibel genug sein, auch ein zeitweiliges Zusammensein von Menschen, die gleiche Problemerkahrungen haben, zu ermöglichen. Bei Sucht oder Krankheit ist uns dies unter dem Titel »Selbsthilfegruppe« übrigens vertraut und unverdächtig. Ziel wäre ein Bildungssystem, in dem die Angst vor sozialem Ausschluss ebenso wie die vor ökonomischem Abstieg ausstirbt; in welchem räumlichen Setting Bildung vermittelt wird, würde sich auf eine pädagogisch-organisatorische Frage reduzieren. Aus Angst vor den Brodkorbs dieser Welt, die die Zeit zurückdrehen möchten, verfallen manche in einen Rigorismus, der der Sache nicht guttut.